

Der bewaffnete Friede

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung**

Band (Jahr): **24 (1948-1949)**

Heft 14

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

schaft. Das R.I.D. hatte den Sender entdeckt, lokalisiert und unschädlich gemacht, bevor er mit einer Kontrollstation in Deutschland den Kontakt überhaupt aufnehmen konnte. —

3. In jenen Fabriken, die Amerikas

Waffen — bekannte und geheime — herstellten, wurde eine neue Methode eingeführt, um zu verhindern, daß Unbefugte Zutritt erhielten. Bisher verfügte jeder Arbeiter über eine Legitimationskarte, die beim Betreten

der Fabrik genau kontrolliert wurde. Nunmehr erscheint dieses System nicht mehr sicher genug und daher wird jedem Arbeiter mit unsichtbarer Tinte ein Zeichen ins Handgelenk eingeritzt. (Schluß folgt.)

Der bewaffnete Friede

(Militärische Weltchronik.)

Mit der in den nächsten Tagen erfolgenden Unterzeichnung des Atlantik-Paktes hat die Organisation der westlichen Demokratien eine Stärkung erfahren, die den daran beteiligten Ländern selbst das Gefühl eines besseren Schutzes bietet und vielleicht auch die Chancen des Friedens erhöht. Die Welt wartet nun auf die Antwort Moskaus, das heißt auf den Gegenschlag der Sowjets, der bestimmt nicht ausbleiben dürfte.

Die Nachrichten der letzten Zeit weisen eindrücklich auf die Tendenz hin, daß wir mit dem Frühlingsanfang vor einer weiteren Verschärfung des «kalten Krieges» stehen. Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die Vertreter der vier Großmächte sich in London immer noch über den Staatsvertrag für Oesterreich unterhalten, der leider noch in weiter Ferne steht und das Schicksal unseres nächsten Nachbarn immer noch ungewiß erscheinen läßt. Solange diese Verhandlungen aber andauern, ist der letzte dünne Faden zwischen Ost und West noch nicht ganz gerissen.

Dieser bescheidene Rest von Bindungen überbrückt nur noch schwach eine täglich tiefer werdende Kluft. Zu den letzten Spatenstichen an diesem die Welt trennenden Graben gehören die letzten Noten der Westmächte an die Sowjetunion. Darin wird Moskau einmal mehr offen beschuldigt, das gegebene Versprechen über die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen mehrfach gebrochen zu haben. Zur gleichen Zeit veröffentlichte das Generalsekretariat der UNO einen Bericht über die Zwecklosigkeit weiterer Verhandlungen, die Berlin und das dortige Währungssystem betreffen. Ergänzende Erklärungen der Weststaaten unterstreichen, daß dafür die Verantwortung ganz den Russen zufällt. Unterdessen sind die Westmächte in ihren Besetzungszonen zu einer einheitlichen Lösung geschritten, die weiteres Öl in das Feuer der Spannungen goß.

Die englische Regierung beschuldigte die Satelliten der Sowjetunion im Parlament des Bruches der Friedensverträge und wies dabei unmißverständlich darauf hin, daß die Armeen Ungarns, Bulgariens und Ru-

mäniens in einem Maße verstärkt werden, das weit über die in den Friedensverträgen zugestandenen Bestände hinausgeht. Vorgänge, die natürlich nur mit der Billigung und sogar mit der Unterstützung Moskaus in Verbindung stehen. Dazu kommen die erhöhten Militärausgaben in Polen und der forcierte Ausbau Albaniens zu einem wichtigen Stützpunkt der Sowjets im Mittelmeer. Die beschleunigte Aufrüstung der osteuropäischen Staaten wird außerdem durch die neue Armeeorganisation in der Tschechoslowakei bestätigt, die unmittelbar vor der Einführung steht und neben der Politisierung der Armee eine wesentliche Erweiterung der Dienstpflicht bringt. Das neue Armeegesetz nimmt diesem Lande auch den früher nur auf die Landesverteidigung eingestellten Charakter seiner Armee und sieht den Einsatz tschechoslowakischer Truppen in anderen Ländern vor, auch wenn das Land selbst militärisch nicht unmittelbar bedroht ist. So könnte es zum Beispiel möglich werden, daß Bürger der Tschechoslowakei dazu gezwungen würden, die bedrohte «Demokratie» des Ostens mit einem Angriff auf Griechenland zu verteidigen, indem man zur Verteidigung der gemeinsamen, volksdemokratischen Sache, der griechischen Rebellenregierung tschechische Armeeeinheiten zur Verfügung stellt.

Auf russischer Seite spielen auch die letzten innenpolitischen Vorgänge eine Rolle, die mit dem Wechsel im Außen- und im Außenhandelsministerium der Sowjetunion ihren Höhepunkt erreichten. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Abberufung Molotows und Mikoyans, zweier gewichtiger Mitglieder des allmächtigen Politbüros, als eine Versetzung oder Beförderung auf einen wichtigeren Posten deutet. Angesichts der zunehmenden, auf ihren Schutz bedachten militärischen Zusammenarbeit der Weststaaten soll Molotow heute einen wichtigen Posten innerhalb des engeren Verteidigungskabinetts der Sowjetunion bekleiden und mit der Koordinierung des industriellen und militärischen Potentials der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in Osteuropa beauftragt worden sein.

Die Vorgänge in Moskau lassen also keine Aussichten auf eine Aenderung der russischen Haltung zu. Vielmehr ist man heute in den Hauptstädten des Westens offenbar davon überzeugt, daß sowohl der Wechsel im russischen Außenministerium wie die verschiedenen Aenderungen und Umgruppierungen auf andere Posten, in erster Linie eine Stärkung der Sowjetmacht im Innern und nach außen und damit eine Versteifung der russischen Haltung auf internationalem Gebiet zum Ziele haben könnte.

Ueber die weiteren Pläne Moskaus sind eine Reihe von wilden Gerüchten und Mutmaßungen im Umlauf, die unter anderem auch behaupten, daß eine Aktion der Kominform gegen Jugoslawien in Vorbereitung sei, um den aus der Kominformfront ausgebrochenen Tito zu stürzen. Man denkt an eine Eingliederung Jugoslawisch-Mazedoniens in einen neuen mazedonischen Staat, spricht von Truppenkonzentrationen unter der Leitung russischer Offiziere vor allem in Albanien und in Bulgarisch-Mazedonien. Aus Gewehrfeuer und Kanonendonner, den man vernommen haben will, wird auf Meutereien innerhalb der jugoslawischen Truppen geschlossen. Was an diesen Gerüchten auf Tatsachen beruht und was auf das Konto der Propaganda geschrieben werden muß, ist natürlich schwer zu sagen. Sicher ist, daß die Kominformpolitik gegen Jugoslawien nicht nachgelassen und gerade in letzter Zeit noch an Heftigkeit zugenommen hat. Tatsache sind auch die russischen Truppenkonzentrationen in Ungarn und andere, gegen die Grenzen Titos gerichtete Maßnahmen.

Diese Krisenerscheinungen in den Reihen der Kominform bleiben für die Beurteilung der Lage nicht ohne Einfluß. Sie tragen mit dazu bei, daß im Lager der Westmächte das Vertrauen in die eigene Macht wächst. Der Zusammenschluß des Westens unter amerikanischer Führung macht Fortschritte, und das Gefühl der zunehmenden Stärke hat auch bereits nach gewaltsamen Lösungen gerufen. So erklärte kürzlich John Foster Dulles, der Delegierte der Vereinigten Staaten bei der UNO, die USA

dürften heute die Verantwortung für einen Appell an ihre Macht übernehmen, um den Terrorismus aufzuhalten, trotzdem die Anwendung von Gewalt vielleicht kein christlicher Akt sei. Es sei aber besser, beizeiten Gewalt zu gebrauchen, als sich abseits zu halten, um dann selbst der Gewalt zu unterliegen. In der «Daily Mail» trat der frühere britische Kriegsminister Duff Cooper, der bis vor kurzem Botschafter in Paris war, dafür ein, daß die Vereinten Nationen in Budapest ultimativ die Freilassung Kardinal Mindszents fordern sollten. Bei Nichterfüllung hätten die Streitkräfte des Westens den ungarischen Polizeistaat zu zerschlagen, ob er um russische Hilfe rufe oder nicht. Auf diese Weise würde ein Polizeistaat nach dem andern fallen, «wie einst die Mauern von Jericho».

Am 4. April wird nun in Washington der Atlantik-Pakt unterzeichnet. Das ist eines der wichtigsten und auch für das Schicksal unseres Landes bedeutungsvollsten Ereignisse der Nachkriegszeit. Daß ein Militärbündnis — und um ein solches handelt es sich beim Atlantikpakt — noch vor seiner Unterzeichnung durch die Vertragspartner im Wortlaut veröffentlicht wird, ist ungewöhnlich. Besondere politische Gründe haben dieses Vorgehen veranlaßt. Damit, daß die Karten offen auf den Tisch gelegt werden, ist vielen Gegnern in Amerika und Europa der Wind aus den Segeln genommen worden, die mit der Begründung, daß man einer Sache nicht zustimmen könne, die man noch gar nicht kenne, den Paktabschluß torpedieren oder verzögern wollten.

Wenn der Pakt von den im Art. 11 genannten sieben ersten Signatarstaaten unterzeichnet wird, so wird es noch eine Weile dauern, bis er in Kraft treten kann. Man rechnet mit Monaten, bis er in allen Vertragsländern die verfassungsmäßigen Instanzen passiert hat und die Ratifikationsurkunden hinterlegt sein werden. Seine Bedeutung als politisches und historisches Dokument wird aber dadurch in keiner Weise vermindert. Zum erstenmal in der Geschichte schloßen sich durch ihn die Vereinten Staaten bündnismäßig mit Westeuropa zusammen, ohne daß der eine oder andere der Partner sich im Kriegszustand befindet. Das ist ein weltgeschichtliches Ereignis von größter Tragweite.

Der Zusammenschluß erfolgt im Zeichen des Willens zur Verteidigung der Freiheit, wie es in der Präambel des Paktes heißt, und zwar

der Freiheit, wie die westliche Welt sie versteht. Darum ist es wohl richtig, den Art. 4 über gegenseitige Konsultationen bei Gefährdung der «politischen Unabhängigkeit oder der Sicherheit eines der Vertragspartner» auf allfällige politische Umsturzversuche zu beziehen. Die Verteidigung hat damit nicht nur den Angriff von außen im Auge, sondern richtet sich auch gegen den Feind der Freiheit im Innern.

Daß der Art. 5 die Vertragspartner zum gegenseitigen Beistand im Falle eines Angriffes von außen verpflichtet, ist für eine Militäralianz selbstverständlich. Weniger selbstverständlich ist, daß im Art. 6 genauer umschrieben wird, was als Angriff zu betrachten ist, daß nicht nur die Territorien der Vertragsländer, sondern auch die Besetzungstruppen außerhalb, daß selbst einzelne Schiffe und Flugzeuge als Angriffsobjekte genannt werden. Man braucht hier nur an die Berliner Luftbrücke zu erinnern, um die Bedeutung dieser Bestimmungen zu erkennen, mit denen in diesem Punkte weitgehend Klarheit geschaffen wird.

Der Pakt läßt an der Entschlossenheit des Westens zur Selbsthilfe kaum mehr Zweifel offen. Der weite und umständliche Weg der Friedenssicherung über die UNO wird abgekürzt und vereinfacht.

Mit der Veröffentlichung des Atlantik-Paktes wurden auch Zahlen über die militärische Stärke der Nordatlantik-Nationen bekannt. Eine Uebersicht über die Effektivbestände und die militärischen Hilfsquellen der zwölf Nordatlantik-Nationen führt zur Feststellung, daß ihre kombinierte Stärke diejenige der Sowjetunion und ihrer Satelliten in Osteuropa weit in den Schatten stellt.

Zahlen aus den Archiven der UNO und anderer offizieller Stellen zeigen, daß die im Nordatlantikpakt zusammengeschlossenen Westmächte im Vergleich zur Sowjetgruppe über folgende Hilfsmittel verfügen:

15 Prozent mehr Arbeitskräfte als die Sowjetgruppe, eine dreimal so hohe Produktionskapazität für Stahl, achtmal so viel Erdöl (wobei die lateinamerikanische, mittelöstliche und fernöstliche Produktion nicht inbegriffen ist), fast 34mal so viel Hochseeschiffsraum, 30mal so viel Lastautomobile, Autobusse und Passagierautomobile.

Nach den verlässlichsten Zahlen verfügen die Nordatlantik-Nationen über eine Bevölkerung von 332 338 526 Seelen, über Effektivbestände von 4 148 600 Mann, über eine Schiffs-

tonnage von 56 394 500 Tonnen, über eine Kohlenproduktion von 980 500 000 Tonnen, über eine Stahlproduktion von 112 500 000 Tonnen, über eine Erdölproduktion von 1 741 957 000 Faß und über einen Motorfahrzeug-Park von 40 924 070 Fahrzeugen.

Die Sowjetgruppe umfaßt eine Bevölkerung von 289 542 109 Seelen, Effektivbestände von 5 208 000 Mann, eine Hochseetonnage von 1 671 000 Tonnen, eine Stahlproduktion von 31 300 000 Tonnen, eine Kohlenproduktion von 404 700 000 Tonnen, eine Erdölproduktion von 201 733 000 Faß und ein Motorfahrzeug-Park von 1 427 467 Fahrzeugen.

Ein Vergleich mit den bewaffneten Streitkräften gibt dem russischen Block einen Vorsprung, doch erhielt man aus dem Vergleich der ausgerüsteten, ausgebildeten und einsatzbereiten Divisionen ein genaueres Bild. Diese Daten werden jedoch in den meisten Staaten geheimgehalten.

Der Vergleich berücksichtigt weder die Atombombenvorräte noch die neuen amerikanischen Langstreckenbomber und die gewaltige Vorherrschaft der amerikanischen Marine mit ihren 731 aktiven Einheiten im Atlantik allein.

*

In der Schweiz fanden die landesverräterischen Umtriebe der im Moskauer Fahrwasser segelnden Partei der Arbeit in beiden Räten des tagenden Parlaments die vernichtende Würdigung. Die letzten Wahlen in der Waadt haben deutlich gezeigt, daß immer weniger Schweizer mit dieser Partei des Landesverrates etwas zu tun haben wollen. Vor Führern einer Partei und ihren extremen Anhängern, denen, wie der Prozeß Woog wieder zeigte, jedes Mittel den Zweck heiligt und die Unterschiede zwischen sauber und schmutzig keine Rolle mehr spielen, ist nur noch tiefes Mißtrauen am Platze. Das Mißtrauen ist auch allen denen gegenüber anzuwenden, die, ohne selbst zur Partei gehörend, gleichgültig welchen Standes, zu Mitläufern der roten Nazis gehören und unter dem Deckmantel der östlichen Friedenssehnsucht und Kulturpflege ihre eigenen, dunkeln Geschäfte pflegen und zu Verrätern an der Heimat werden.

Wir Soldaten haben zu wachen und zu handeln, den Umtrieben einer kommenden Fünften Kolonne zu wehren und an uns selbst zu arbeiten, um geistig und körperlich auf der Höhe unserer Aufgabe zu bleiben.

T o l k.